

Das Projekt „Anonymer Krankenschein für Menschen ohne Papiere in Niedersachsen“

Berlin, 27.11.2021

**Dr. med. Cornelia Goesmann
Fachärztin für Allgemeinmedizin/Psychotherapie**

Keine Interessenkonflikte

Gesundheitsversorgung von Geflüchteten

1. Bei Einzug in Erstaufnahmeeinrichtung Eingangsuntersuchung durch ÖGD oder Ärztinnen/Ärzte der NGOs (DRK, Johanniter...).
2. Nach Stellen des Asylantrags versichert nach AsylbLG (§1, Abs. 4) für akute Beschwerden, Schmerzen, Vorsorgen und Impfungen.
3. Nach Ablehnung des Asylantrages und weiterbestehendem, „illegalen“ Aufenthalt weiter berechtigt wie oben nach AsylbLG §1, Abs. 5: Krankenschein vom Sozialamt, aber Meldung bei Ausländerbehörde, ggf. Abschiebung.

Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Papiere

- a) durch Sozialamt, dann drohende Abschiebung
- b) in einigen Ländern Versicherung durch Fondslösung
- c) Aufsuchen von Sprechstunden der Hilfsorganisationen für z. B. Obdachlose
- d) Kirchenasyl mit Behandlung durch ehrenamtlich tätige Ärzte
- e) **oder im 3-jährigen Modellprojekt in Niedersachsen 2016-2018**

Modellprojekt Niedersachsen 2016-2018

Ausgangslage

- Schätzungsweise bis 50.000 Menschen ohne Papiere in Nds.
- Medizin. Hilfe wird erst in weit fortgeschrittenen Stadien gesucht
- Behandlung v. a. im Sinne des Infektionsschutzgesetzes nötig
- Koalitionsregierung SPD/Grüne in Nds. 2015-2019, deren
- **Wunsch:** Lebensqualität der Betroffenen zu bessern
- **Ziele:** Vermeidung von chronischen Verläufen, Infektionsschutz, Überführung in legalen Status

Das Modellprojekt auf Beschluss des Nds. Landtages von 12/2014 beinhaltet:

- Kooperation mit KVN, KZVN, medizin. Flüchtlingshilfe (Medinetz) in Hannover und Göttingen, sowie dem NTFN
- 3-jähriger Verlauf 2016-2018
- Evaluation in 2019
- Trägerverein mit 2 Ausgabestellen in H und Gö
- Budget von 500.000 Euro/Jahr
- Angegliederte juristische Beratung zur Legalisierung
- Beirat zur ethisch-medizinischen Beratung

Vorgehen in der Ausgabestelle

- Befragung/Untersuchung durch Arzt/Ärztin
- Ausgabe eines anonymisierten, nummerierten Scheines für die Behandlung in Praxen oder Klinik
- Angebot zur aufenthaltsrechtlichen Beratung
- Ggf. Wiedervorstellung
- Bei absehbar kostenintensiver Therapienotwendigkeit Einschalten des Beirates (Arzt, Zahnarzt, Ethiker, ÖGD)
- Behandler rechnen den anonymisierten Schein mit KVN oder KZVN ab

Voraussetzungen

- Menschen ohne Aufenthaltsstatus („Illegale“)
- Mittellosigkeit
- Kostenübernahme bei Notfällen, akuten Erkrankungen, Impfungen, vorsorgen, Schwangerschaft und Geburten

Ergebnisse:

- **Ausgegebene Behandlungsscheine:**
- im 1. Jahr 180 (77 Pat.), im 2. Jahr 426 (157 Pat.), im 3. Jahr 621 (199 Pat.), insgesamt **1227 Scheine** in 3 Jahren
- **Soziodemografische Daten:**
- 17% Minderjährige, 59% zw. 18-39 J., 8% > 64J.
- **Herkunftsländer:**
- 24% Westbalkanstaaten ohne EU,
- 42% aus afrikanischen Staaten
- 20% naher und mittlerer Osten,
- 10% Asien, 3% Lateinamerika

Legalisierungsberatung

- Aufenthaltsstatus: 100% ohne Papiere, davon 52% keinen (weiteren) Antrag gestellt, 11% Asylantrag abgelehnt, 25% Visum abgelaufen, 3% Kirchenasyl
- Durch Zusammenführung der medizinischen und rechtlichen Beratung wurde 68% eine Legalisierungsberatung vermittelt, 21% nahmen Info dazu an.
- Fehlende Rückmeldung über Erfolg

Medizinische Versorgung

Bei 621 Beratungen im 3. Jahr:

- 43% Schmerzzustände
- 9% Zahnschmerzen
- Hauterkrankungen
- Psychische Krisen (Verweisung an NTFN)
- Stationäre Einweisung bei 44 Patienten
- 585 Patienten in Praxen behandelt
- 8,5 % Beschwerden in der Schwangerschaft
- 16% Vorsorgeuntersuchungen
- 6% Impfungen

Kosten des Projektes

Kosten für die organisatorische Abwicklung und die medizinischen Maßnahmen:

- im 1. Projektjahr rund 100.000 Euro
- im 2. Projektjahr rund 200.000 Euro
- im 3. Projektjahr insg. 350.000 Euro, davon für die medizinische Versorgung 257.830 Euro.

D. h., in keinem Jahr wurde der finanzielle Rahmen des vorgegebenen Gesamtbudgets von 500.000 Euro/J. ausgeschöpft.

Zusammenfassung

Die **Ziele des Projektes** wurden erreicht hinsichtlich

- des Abbaus von Hemmnissen zum Zugang zu medizinischer Versorgung für Menschen ohne Papiere
- der Verbesserung der medizin. Versorgung v. a. von Schwerkranken
- des Grades an Impfungen und Vorsorgen entsprechend der deutschen Standards
- der Hilfen zur Erreichung eines legalen Status
- der Sensibilisierung von Politik und Medizinbetrieb für die Probleme dieser Zuwanderer.

Wie geht es weiter seit Ende des Projektes?

In Hannover **Etablierung einer sog. Clearingstelle** bei der Region H. zur sozialrechtlichen, aufenthaltsrechtlichen und versicherungstechnischen Beratung;

Medizinische Versorgungsangebote bei ÖGD Hannover, Caritas und Diakonie (im Projekt zur Behandlung von Wohnungs- und Mittellosen)

Weiterhin bestehen bleibt die Forderung nach **Wiederaufnahme des Modellprojektes!**

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!